A.ZI.: 004 - 1/31 - 2014/5 Ri/EM

VERHANDLUNGSSCHRIFT

über die Sitzung des **Gemeinderates**
am Mittwoch, 29. Oktober 2014, 19.00 Uhr, in der Musikschule Großbraming,
abgehalten unter dem Vorsitz von **Bürgermeister Leopold Bürscher**.

Anwesende:

1.	Bürgermeister	Leopold Bürscher	ÖVP
2.	Vizebürgermeister	Leopold Ahrer	ÖVP
3.	Vizebürgermeister	Reinhard Salcher	SPÖ
4.	Gemeindevorstand	Helmut Elsigan	SPÖ
5.	Gemeindevorstand	Leopold Stubauer	SPÖ
6.	Gemeinderat	Elfriede Nagler	ÖVP
7.	Gemeinderat	Otto Schörkhuber	ÖVP
8.	Gemeinderat	Martin Kopf	ÖVP
9.	Gemeinderat	Hildegard Höretzauer	ÖVP
10.	Gemeinderat	Gerhard Aschauer	ÖVP
11.	Gemeinderat	Hermann Auer	ÖVP
12.	Gemeinderat	Ing. Michael Aigner	ÖVP
13.	Gemeinderat	Rudolf Garstenauer	ÖVP
14.	Gemeinderat	Verena Gsöllpointner	ÖVP
15.	Gemeinderat	Bernhard Aschauer	ÖVP
16.	Gemeinderat	Johann Schörkhuber	SPÖ
17.	Gemeinderat	Sylvia Losbichler	SPÖ
18.	Gemeinderat	Gerhard Scharnreithner	SPÖ
19.	Gemeinderat	Florian Elsigan	SPÖ
20.	Gemeinderat	Mag. Hemma Hammann	UBL
21.	Gemeinderat-Ersatz	Wolfgang Garstenauer	ÖVP
22.	Gemeinderat-Ersatz	Alois Gruber	ÖVP
23.	Gemeinderat-Ersatz	Gernot Scharnreithner	ÖVP
24.	Gemeinderat-Ersatz	Helmut Schörkhuber	SPÖ
25.	Gemeinderat-Ersatz	Alois Buder	SPÖ

Entschuldigt fehlen:	GV Franz Gsöllpointner	ÖVP
	GV Jürgen Werner Leppen	ÖVP
	GR Mag. Daniela Rebhandl	ÖVP
	GR Bernhard Maier	SPÖ
	GR Helmut Huber	SPÖ
	GR-Ersatz Stefan Hinterplattner	ÖVP
	GR-Ersatz Karin Katzensteiner-Tremel	SPÖ

Bgm. Leopold Bürscher stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde, die Verständigungsnachweise liegen auf,
- b) die Verständigung hierzu an alle Mitglieder bzw. Ersatzmitglieder zeitgerecht schriftlich am 22.10.2014 unter Bekanntgabe der Tagesordnung erfolgt ist; die Kundmachung der Sitzung gemäß § 53 Abs. 4 der OÖ. GemO 1990 erfolgt ist,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist,
- d) die Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung vom 25.09.2014 bis zur heutigen Sitzung während der Amtsstunden im Gemeindeamt zur Einsicht aufgelegt ist, während der Sitzung zur Einsicht noch aufliegt und gegen diese Verhandlungsschrift bis zum Sitzungsschluss Einwendungen eingebracht werden können,
- e) und eröffnet die Sitzung.

Zu Schriftführern werden Al. Hermine Riegler und VB Elisabeth Merkingner bestellt.

Bgm. Leopold Bürscher trägt seinen Antrag auf Aufnahme folgender Angelegenheit als Dringlichkeitspunkt in die Tagesordnung der heutigen Sitzung vor:

„Winterdienst, Vereinbarung mit Sonja Nagler“

Abstimmung durch Erheben der Hand.

Ergebnis: einstimmige Annahme.

Tagesordnung:

- 1) Nachtragsvoranschlag 2014
- 2) Asylwerber, Unterbringung im Ennstalerhof, Information
- 3) Bericht über die Prüfungsausschusssitzung vom 16. September 2014
- 4) GTS-Hauptschule, Assistenz für SchülerInnen, Vertrag mit Zentrum Spattstraße
- 5) Schwarz Marianne, Abschluss eines Pachtvertrages
- 6) Winterdienst, Vereinbarung mit Sonja Nagler
- 7) Allfälliges

TOP 1) **Nachtragsvoranschlag 2014**

Der Bürgermeister berichtet, dass auch der Nachtragsvoranschlag 2014 ausgeglichen erstellt werden konnte. In der Sitzung des Gemeindevorstandes am 23. Oktober 2014 wurde der NVA ausführlich diskutiert und dem Gemeinderat zur Beschlussfassung empfohlen.

Ordentlicher Haushalt	Einnahmen	Ausgaben
Voranschlag 2014:	4.727.900	4.727.900
Nachtragsvoranschlag 2014	5.036.500	5.036.500
Außerordentl. Haushalt 2014	646.000	646.000
Nachtragsvoranschlag 2014	1.467.100	1.467.100

Die wesentlichen Veränderungen zum VA 2014 werden im Detail erläutert und besprochen:

Auszug über zusätzliche Mehr- oder Minderausgaben bzw. Mehr- oder Mindereinnahmen:

Gruppen	Beschreibung	Betrag
Gruppe 0		
	Geldbezüge VB - Personalwechsel (Einschulung)	-6.000,00
	Geldbezüge für Aushilfen am Amt	1.000,00
	Mehrleistungsvergütungen (Überstunden am Gemeindeamt)	2.000,00
	Rechts- und Notarkosten (Motorradrevival)	-1.600,00
	TDZ – Verrechnung der Kommunalsteuer	-8.900,00
	Bezugsvorschüsse (Schwarzlmüller-Buchberger)	-7.400,00
		-20.900,00
Gruppe 1	FFG - Einnahme aus Fahrzeugverkauf	3.800,00
	FFG - Beitrag an FFG aus Fahrzeugverkauf	-3.800,00
	FFG - Versicherung für neues Fahrzeug	-500,00
	FF - Pechgr., ergänz.Wasseranschl.Geb.f.Depot	-1.300,00
		-1.800,00
Gruppe 2	Gastschulbeitrag für Volksschule	-4.200,00
	Gastschulbeitrag für Hauptschule	-10.800,00
	Schulerh.Beiträge für Berufsschulen	-6.500,00
	Kindergartenzubau - Rückzahlung v. Zw.Fin.Darl.	-51.300,00
	Kindergarten - Gastbeitrag (Bogner-Krendl)	3.800,00
	LTZ an oö. Hilfswerk lt Abrechnung	2.700,00
		-66.300,00
Gruppe 4	Beitrag nach dem Behinderteneinstellungsgesetz	1.800,00
	Mehrausg.für Tagesmütter	-1.800,00
		0,00
Gruppe 6	50%Verkehrsflächenbeitrag (Fa.Gebr.Haider)	-6.600,00
	Katastrophenschäden auf Gde.Str.und GW	-41.100,00
	Korr.Rückzahlung Wildbachdarlehen lt.Tilgungspl.	21.100,00
		-20.000,00
Gruppe 8	Beitrag an die Firma Gebr.Haider	-23.200,00
	Winterdienst - Straßenreinigung	-2.200,00
	Instandh.von Wasseranlagen	-7.600,00
	Freibadeinnahmen	-5.000,00

	Instandh.der Kläranlage	-5.400,00
		-43.400,00
Gruppe 9	Zuführung VS-Umbau	-4.400,00
	weniger Kassenkreditzinsen	2.000,00
	zusätzliche Kommunalsteuer - TDZ (Verrechnung)	8.900,00
	BZ.für teilweise Abdeckung Fehlbetrag oH 2012	80.800,00
	Fehlbetrag Vorjahr	-80.800,00
	Zw.Fin.Darl.z.Kdg.Erw.-Rückführung an den oH	58.100,00
	zusätzliche § 21 FAG Mittel	35.700,00
		100.300,00

GR Gerhard Aschauer stellt den Antrag, den vorliegenden Nachtragsvoranschlag 2014 zu beschließen.

Abstimmung durch Erheben der Hand.

Ergebnis: einstimmige Annahme.

TOP 2) Asylwerber, Unterbringung im Ennstalerhof, Information

Der Bürgermeister berichtet, dass er am 7.10.2014 zufällig von der Bezirkshauptfrau erfahren hat, dass beabsichtigt ist, im Gasthof Ennstalerhof Asylwerber unterzubringen. Ein Anruf am 8.10.2014 bei der Sozialabteilung des Landes OÖ hat ihm bestätigt, dass der Eigentümer des Ennstalerhofes, Herr Norbert Kaar, bereits vor drei Monaten den Gasthof für die Unterbringung von Asylwerbern angeboten hat.

Genau an diesem Tag war er gemeinsam mit Vzbgm. Ahrer und weiteren Personen unterwegs, um Alternativquartiere für kleinere Einheiten zu besichtigen. Nach einem Anruf bei Herrn Franz Wall bei der Sozialabteilung haben sich diese Möglichkeiten aber sehr schnell wieder zerschlagen. Kleinere Einheiten in Alternativquartieren wurden entschieden abgelehnt. An diesem Nachmittag wurde der Bürgermeister von Frau Landesrätin erstmals telefonisch darüber informiert, dass ein Asylwerberwohnheim im Ennstalerhof geplant sei. Bei diesem Gespräch habe der Bürgermeister der Landesrätin unter anderem auch mitgeteilt, dass er mit der Größe nicht einverstanden ist, und er hat auch die Bedenken und Argumente gegen den Standort vorgebracht. Vor zwei Jahren wurde der Standort schließlich als ungeeignet bezeichnet.

Daraufhin wurden am 9.10.2014 die Bewohner der Aschasiedlung erstmals über diese Situation informiert. Dies erfolgte gegen den Willen von Herrn Kaar. Dieser war bei der Besprechung auch nicht kooperativ. Sein Verhalten lässt darauf schließen, dass von Anfang an ein Asylwerberquartier geplant war.

Am 14.10.2014 fand in der Musikschule eine weitere Informationsveranstaltung statt. Bei dieser Besprechung waren Mag. Gerhard Raferzeder und WOAR Franz Wall vom Amt der OÖ Landesregierung, Abt. Gesundheit und Soziales, anwesend. Die Bewohnerinnen und Bewohner der Aschasiedlung hatten die Gelegenheit ihre Bedenken und Wünsche vorzubringen. Die Vorbehalte der Anwesenden richteten sich keinesfalls gegen die Aufnahme von Asylwerbern in Großraming, sondern vor allem gegen die Größenordnung und den Standort

am Beginn der Wohnsiedlung. WOAR Franz Wall sprach von der Unterbringung von 45 - 50 Personen, demgegenüber stehen 59 Bewohner der Aschasedlung. Auf die Bedenken und Wünsche der Bevölkerung ist bei dieser Besprechung von den Anwesenden der Sozialabteilung kaum bis gar nicht eingegangen worden. Franz Wall war nicht bereit, sich auf eine Kompromisslösung einzulassen. Er hat mitgeteilt, dass die politische Entscheidung bis zu diesem Tag noch nicht gefallen ist, sondern dass nur die Zustimmung der Fachabteilung vorliegt.

Am 17.10.2014 ist am Gemeindeamt ein Brief von Frau Soziallandesrätin Mag. Gertraud Jahn eingelangt. Darin wird festgehalten, dass die politische Entscheidung für die Unterbringung von Asylwerbern im Ennstalerhof gefallen ist und ab Anfang Dezember 2014 Asylwerber in den Ennstalerhof einziehen werden. Diese Entscheidung wurde lt. E-Mail vom 27.10.2014 von Herrn Christian Schörkhuber von der Volkshilfe, am 24.10.2014 auch Herrn Kaar mitgeteilt.

Am 27.10.2014 hat Frau Landesrätin Mag. Jahn in einem Telefonat zugesichert, dass im Ennstalerhof max. 50 Asylwerber untergebracht werden, wenn die Betreuung durch die Volkshilfe akzeptiert wird.

Am 28.10.2014 vormittags war der Bürgermeister mit zwei Bewohnern der Aschasedlung bei Landeshauptmann Dr. Pühringer. Dort wurde uA ausdrücklich der Wunsch nach der Unterbringung von kleineren Gruppen deponiert. Der Landeshauptmann hat zugesichert, den Standort von der Sozialabteilung noch einmal prüfen zu lassen. Er war grundsätzlich sehr gut über die Gesamtsituation informiert und hat sich auf das Gespräch auch gut vorbereitet.

Am 28.10.2014 hat Frau LR Jahn dem Bürgermeister das Angebot gemacht, er solle der Aufnahme der Asylwerber im Ennstalerhof mit Betreuung durch die Volkshilfe zustimmen. Im Gegenzug kann sie versprechen, dass das seit vielen Jahren geplante Lebenshilfehaus in den kommenden zwei Jahren in Angriff genommen wird.

Heute hat Frau Landesrätin noch einmal bekräftigt, dass sie der Gemeinde schriftlich bestätigen wird, dass nicht mehr als 50 Personen im Ennstalerhof einquartiert werden, wenn wir der Betreuung durch die Volkshilfe zustimmen. Der Bürgermeister stellt dazu fest, dass die Gemeinde oder er als Bürgermeister sich den Betreuungsdienst ja ohnehin nicht aussuchen kann und eine Zustimmung daher hinfällig ist. Zudem gibt es in Oberösterreich eine Sprengelenteilung. Für das Ennstal ist die Volkshilfe zuständig.

Die ersten Asylwerber werden bereits Anfang Dezember erwartet. Die Unterkunft, die derzeit Platz für bis zu 50 Personen bietet, soll als Selbstversorgerquartier geführt werden. Das heißt, dass die AsylwerberInnen selbst einkaufen und für sich selbst kochen. Welche Nationen nach Großraming zugeteilt werden, kann derzeit nicht gesagt werden. Die Auswahl der Personen erfolgt durch das Land OÖ. Bei der Informationsveranstaltung wurde von Herrn WOAR Franz Wall zugesichert, dass auf eine gute Mischung von Familien und Einzelpersonen geachtet wird.

Für die Betreuung von privaten Quartieren durch die Volkshilfe sind wöchentlich ca. 1 bis 1,5 Tage vorgesehen. Betreiber des privaten Quartiers ist Herr Norbert Kaar, für den die Betreuung eine große Herausforderung werden wird. Ein Bürgermeisterkollege einer Gemeinde mit ähnlicher Situation hat ihm gesagt, dass ein Gelingen wesentlich von der Betreuung abhängt. Das Gasthaus soll lt. Aussage von Herrn Kaar weiter betrieben werden.

Der Bürgermeister berichtet, dass er mit Bürgermeistern von Gemeinden, in denen es bereits Asylwerberunterkünfte gibt, gesprochen hat. Es hat in anderen Gemeinden unterschiedliche

Aktivitäten im Hinblick auf eine freundliche Aufnahme der fremden Menschen gegeben: Tag der offenen Tür, Sprachförderung durch Freiwillige oder Kleidersammlungen, usw.

Er stellt noch einmal klar, dass er weder mit der Unterbringung der großen Anzahl an Asylwerbern, noch mit dem Standort einverstanden ist. Es wurde der Gemeinde keine Chance mehr für ein eigenes Konzept gegeben, sondern es scheint beschlossene Sache gewesen zu sein. Darum liegt es jetzt an uns, das Beste daraus zu machen.

In der folgenden Diskussion kritisiert GR Mag. Hammann sowohl die Vorgangsweise seitens der Sozialabteilung des Landes OÖ, als auch den Brief der Landesrätin, der in der Gemeindezeitung veröffentlicht werden soll. Sie plädiert für eine gerechtere Verteilung der Asylwerber auf die Gemeinden, ebenso für eine Erhöhung des Betreuungsschlüssels. Sollte das Gasthaus tatsächlich weiter betrieben werden, dann sind die Asylwerber praktisch in ihren Zimmern eingesperrt und haben kaum Bewegungsfreiheit im Gebäude. Ein eigenes Konzept, das für die Gemeinde besser passen würde, wird seitens der Sozialabteilung nicht akzeptiert. Es wird dort so gehandhabt, wie das auch in der Vergangenheit gemacht wurde. Das heißt aber auch, dass die gleichen Fehler immer wieder kopiert werden.

Sie zeigt sich empört über die Aussage der Landesrätin, dass die Errichtung eines Lebenshilfehauses in Zusammenhang mit der Aufnahme von Asylwerbern gebracht werden soll.

Auf die Frage von GR Hildegard Höretzauer, wer den Ennstalerhof jetzt noch einmal überprüfen wird, stellt der Bürgermeister fest, dass die Sozialabteilung das noch einmal machen wird. Er ist sich aber sicher, dass sich trotzdem nichts ändern wird.

Vzbgm. Salcher glaubt, dass der Gasthausbetrieb nicht mehr funktionieren wird. Angesichts der vielen Flüchtlinge aus Kriegs- und Krisengebieten, werden auch andere Gemeinden im Ennstal noch Asylwerber aufnehmen müssen. Er zeigt sich betroffen, dass es auch bei der Unterbringung von diesen Menschen um die Wirtschaftlichkeit geht, weil immer wieder gesagt wurde, dass eine Unterkunft mit weniger als 50 Personen nicht wirtschaftlich zu führen sei. Als Mitglied des Gemeinderates hat man seiner Ansicht nach keine Handhabe und auch kein Mitspracherecht.

GR Otto Schörkhuber ist sich sicher, dass auch kleinere Einheiten wirtschaftlich gut geführt werden könnten, weil der Tagsatz pro Person ja ohnehin vorgegeben ist. Er ist der Meinung, dass es einzig am politischen Willen des Landes Oö liegt, kleinere Einheiten zu je 20 – 30 Personen zuzulassen. Die Bedenken und Ängste der Bevölkerung werden nicht berücksichtigt. Ziel ist es, möglichst viele Personen an einem Ort unterzubringen. Das ist keine gute Asylpolitik.

Vzbgm. Ahrer stimmt dem zu, dass es für Herrn Kaar nicht um die Menschen geht, sondern rein wirtschaftliche Überlegungen dahinter stehen. Er bestätigt, dass er bei vielen Gesprächen involviert war. Der politische Wille für kleinere Einheiten ist nicht vorhanden. Er ist sich sicher, dass es zu einer besseren Lösung gekommen wäre, wenn die Gemeinde noch etwas Zeit bekommen hätte. Das Auftreten und manche Aussagen von Herrn Wall von der Sozialabteilung des Landes fand er sowohl beim ersten Telefonat, als auch am 14.10. überheblich und sehr unpassend.

GR Johann Schörkhuber plädiert dafür, dass jede Gemeinde eine kleine Anzahl an Flüchtlingen aufnehmen soll.

GV Elsigan berichtet, dass er unzählige Gespräche und Telefonate in dieser Angelegenheit geführt hat, und er auch viel Zeit investiert hat. Am 14.10.2014 hat er telefonisch erfahren, dass die politische Entscheidung für die Flüchtlingsunterbringung im Ennstalerhof definitiv gefallen ist. Er hat bei der Versammlung nichts darüber gesagt, weil es vergebene Mühe gewesen wäre. Es ist ihm auch gesagt worden, dass, wenn ein Quartier ein zweites Mal abgelehnt wird, der Bund dieses Quartier nehmen würde. Diese Unterkunft würde dann der Bund als Asylantenheim betreiben.

Die Betreuung durch die Volkshilfe befürwortet er. Herrn Christian Schörkhuber von der Volkshilfe hält er für einen Fachmann in der Flüchtlingsbetreuung. Dieser wird sich bemühen, das Land dahingehend zu beeinflussen, dass nur 35 Personen im Ennstalerhof untergebracht werden, weil das die optimale Anzahl für das Haus wäre. Es gibt Mindeststandards für die Unterbringung von Flüchtlingen, die einzuhalten sind.

Der Bürgermeister ist der Meinung, dass GV Elsigan bei der Informationsveranstaltung am 14.10. sein Wissen über die politische Entscheidung kundtun hätte müssen, nachdem Franz Wall den versammelten Anrainern mitgeteilt hat, dass diese noch nicht gefallen ist. Dann hätte Franz Wall dazu Stellung nehmen müssen.

Damit wird die Beratung abgeschlossen.

TOP 3) **Bericht über die Prüfungsausschusssitzung vom 16. September 2014**

Der Obmann des Prüfungsausschusses Johann Schörkhuber verliest den Bericht über die Sitzung des Prüfungsausschusses vom 16. September 2014 mit kurzen Anmerkungen. Der Bericht wird vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen.

TOP 4) **GTS-Hauptschule, Assistenz für SchülerInnen, Vertrag mit Zentrum Spattstraße**

Bericht des Bürgermeisters:

Mit Schreiben vom 1.10.2014 wurde der Gemeinde von Frau LR Mag. Doris Hummer mitgeteilt, dass es zum weiteren Ausbau und zur Qualitätsverbesserung der schulischen Tagesbetreuung neue Förderrichtlinien gibt.

Konkret stellt der Bund zusätzliche Fördermittel bereit:

1. Für zusätzliches Personal im Freizeitteil, wenn es Sonderpädagogischen Förderbedarf in der Gruppe gibt
2. Für besondere Schwerpunktsetzungen im Freizeitteil, wenn dafür eine zusätzliche Betreuungskraft eingesetzt wird. Z.B für besondere Sportangebote, Neigungsgruppen, Sprach- und Leseförderung, Gesundheits- und Bewegungserziehung,...

Die Information wurde an die Direktoren der Pflichtschulen weitergegeben.

Dir. Bernhard Fahrngruber hat mitgeteilt, dass in der VS ev. im Frühjahr ein Bewegungsprojekt durchgeführt werden soll.

Dir. Schörkhuber hat mitgeteilt, dass in der HS eine Schülerin mit sonderpädagogischem Förderbedarf die Nachmittagsbetreuung besucht. Die Schülerin wird von der Schulassistentin Brigitte Krendl während des Unterrichts stundenweise betreut.

Frau Krendl würde auch die zusätzliche Betreuung in der Nachmittagsbetreuung übernehmen. Sie ist als Schulassistentin bei der Diakonie Zentrum Spattstraße, Linz, angestellt.

Die Gemeinde sollte daher mit dem „Zentrum Spattstraße“ eine Vereinbarung für die zusätzliche Betreuungsperson für die Nachmittagsbetreuung abschließen:

Vertragszeitraum: 1.10.2014 bis 10.7.2015
Stundenausmaß: 2 Stunden pro Woche
Entgelt: dzt. € 24,27 je Betreuungsstunde

GR Otto Schörkhuber stellt den Antrag, den Leistungsvertrag „Assistenz für SchülerInnen in ganztägigen Schulformen – Nachmittagsbetreuung“ wie vorgetragen zu beschließen.

Abstimmung durch Erheben der Hand.

Ergebnis: einstimmige Annahme

Der Leistungsvertrag mit dem „Zentrum Spattstraße“ bildet einen wesentlichen Bestandteil der Verhandlungsschrift.

TOP 5) **Schwarz Marianne, Abschluss eines Pachtvertrages**

Bericht des Bürgermeisters:

Der Pachtvertrag mit Frau Marianne Schwarz vom 8.5.1992 für den Pachtstreifen im Ausmaß von 180 m² ist mit 30. April 2012 abgelaufen. Der wertgesicherte Pachtzins wurde dennoch jährlich an Frau Schwarz entrichtet. Zuletzt wurden am 21. Mai 2014 € 393,86 für das Jahr 2014 überwiesen.

Beschluss des Gemeindevorstandes am 25.10.2012:

Jährlicher Pachtzins von € 700,00 inkl. 10 % MwSt., wertgesichert.

Frau Schwarz war mit diesem Angebot nicht einverstanden. Bis August 2014 fanden unzählige Gespräche statt – alle ohne Einigung.

August 2014: Der Bürgermeister bietet ihr in einem weiteren Gespräch im Gemeindeamt € 960,00 inkl. MwSt. vorbehaltlich der Zustimmung durch den Gemeindevorstand. Sie nimmt das Angebot nicht an, sondern stellt weitere Forderungen auf:

Pachtentgelt € 90,00 zuzüglich MwSt. je Monat, rückwirkend ab 2012. Wiederherstellung des Grenzpunktes,... Den vorbereiteten Pachtvertrag nimmt Frau Schwarz aber mit.

Am 29.9.2014 faxt Frau Schwarz den von ihr unterfertigten Vertrag vom August 2014 mit folgendem Vertragsinhalt:

Jährlicher Pachtzins: € 960,00 + 20 % MwSt. = € 1.152,00 (das sind monatlich € 80,00 + MwSt.)

Vertragsbeginn: 1. Jänner 2014

Der Vertrag wird auf unbestimmte Zeit abgeschlossen, es kann jedoch beiderseits mit einer Kündigungsfrist von 3 Monaten zu jedem Monatsletzten schriftlich gekündigt werden.

Folgende Klausel wurde von Frau Schwarz im Vertrag durchgestrichen:

„Die Verpächterin verzichtet allerdings für die Dauer von 10 Jahren auf jede Kündigung dieses Pachtvertrages“.

Damit kann der Pachtvertrag jederzeit von beiden Vertragspartnern gekündigt werden.

Der fehlende Vermessungspunkt an der Grenze zur Laussaer Landesstraße wurde am 8.10.2014 durch das Land OÖ wieder hergestellt und gekennzeichnet.

GV Elsigan dankt Bgm. Bürscher und Vzbgm. Salcher für deren Engagement und die unzähligen Stunden, die in dieser Angelegenheit aufgewendet wurden.

Der Bürgermeister stellt den Antrag, den Pachtvertrag mit Frau Marianne Schwarz wie vorgetragen zu beschließen.

Abstimmung durch Erheben der Hand.

Ergebnis: einstimmige Annahme

Der Pachtvertrag bildet einen wesentlichen Bestandteil der Verhandlungsschrift.

TOP 6) Winterdienst, Vereinbarung mit Sonja Nagler

Bericht des Bürgermeisters:

In der Sitzung des Gemeinderates am 26.09.2013 wurde mit Silvester Nagler eine Vereinbarung für die Durchführung des Winterdienstes abgeschlossen.

Silvester Nagler hat auf Grund seiner Pensionierung das Gewerbe an seine Frau Sonja Nagler übergeben bzw. angemeldet.

Da der Vertrag mit Silvester Nagler keine Rechtsnachfolgeklausel enthält, wurde eine Rechtsauskunft des Gemeindebundes eingeholt.

Auskunft Gemeindebund v. 23.10.2014, Mag. Florian Mayr:

Es wird sich um eine Unternehmensnachfolge iSd § 38 UGB handeln. In diesem Fall übernimmt derjenige, der ein Unternehmen fortführt, sofern nichts anderes vereinbart ist, die unternehmensbezogenen Rechtsverhältnisse des Veräußerers mit bis dahin entstandenen Rechten und Verbindlichkeiten. Der Vertrag wird also grundsätzlich auf Frau N. übergehen. Jedoch steht dem Vertragspartner (Gemeinde) binnen drei Monate ab Mitteilung der Unternehmensübernahme ein Widerspruchsrecht zu. Durch Ausübung dieses Widerspruchsrecht würde der Vertrag mit dem bisherigen Vertragspartner aufrecht bleiben, was in casu aber nicht mehr funktionieren würde. Dh dann würde der Vertrag im Grunde gekündigt werden (müssen).

Sollte der Vertrag mit Frau N. fortgesetzt werden, so ist dazu mE kein weiterer zwingender Handlungsbedarf, der Bestätigung wegen, könnte man die Vertragsfortführung noch schriftlich vereinbaren.

Der Bürgermeister merkt an, dass durch die Unternehmensnachfolge der Vertragsinhalt mit seinen Rechten und Verpflichtungen bestehen bleibe und Frau Nagler Sonja neue Vertragspartnerin ist. Er trägt die Vereinbarung für die Durchführung des Winterdienstes vor und stellt sogleich den Antrag, die Vereinbarung mit Frau Sonja Nagler, Reichraming, zu beschließen.

Abstimmung durch Erheben der Hand.
Ergebnis: einstimmige Annahme

Die Vereinbarung bildet einen wesentlichen Bestandteil der Verhandlungsschrift.

TOP 7) Allfälliges

- A) Der Bürgermeister berichtet, dass Herr Stefan Riegler, Pechgraben, den Schriftverkehr seiner Nachbarschaftsstreitigkeiten an die Gemeinde geschickt hat, mit dem Ersuchen, die Mitglieder des Gemeinderates darüber zu informieren. Er schlägt vor, den Schriftverkehr einzuscannen und allen Mitgliedern des Gemeinderates zu schicken.
- B) GR Sylvia Losbichler ersucht um Aufstellung von „Achtung Kinder“-Tafeln in der Kurve am Rameisberg.
Der Bürgermeister gibt bekannt, dass bereits zwei Tafeln bestellt wurden.
- C) GV Stubauer fragt, ob in der Leppen-Kurve ein Gehsteig und/oder eine Abbiegespur errichtet wird. Der Bürgermeister stellt dazu fest, dass bereits vor einigen Jahren versucht wurde, dort einen Geh- und Radweg zu errichten. Leider ist das nicht gelungen. Beim derzeitigen Ausbau ist nur eine Sichtberme geplant, und die 50 km/h-Beschränkung soll wieder aufgehoben werden. In der nächsten Woche gibt es allerdings eine Besprechung in dieser Angelegenheit.
- D) GR Gerhard Scharnreithner gibt bekannt, dass sich im Pechgrabenbach, beim Haus Thomas Hinterramskogler, schon wieder viel Schotter abgelagert hat. Er ersucht, die Wildbach- und Lawinenverbauung darüber zu informieren.
- E) GV Elsigan merkt an, dass es beim Gasthaus Oppl/Rialto sehr finster ist. GR-Ersatz Alois Gruber teilt mit, dass in der Nacht jede 2. Straßenbeleuchtung ausgeschaltet wird und für die Beleuchtung des privaten Parkplatzes der Gasthausbetreiber zuständig ist.
- F) GR Johann Schörkhuber regt an, im Ortsbereich mehr Sitzbänke für ältere Spaziergänger aufzustellen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Zur Verhandlungsschrift über die Sitzung des Gemeinderates vom 25. September 2014 wurden keine Einwendungen vorgebracht. Diese gilt somit als genehmigt.

Ende der Sitzung: 20:30 Uhr

Die Schriftführer:

Der Bürgermeister:

Sitzungsgeld: